

Berner Zeitung

14.07.10

STADTRAT

Ratsbüro akzeptiert Motion gegen Waldstadt nicht

Luzius Theiler erhebt Beschwerde gegen das Ratsbüro. Dieses hatte seine Motion zur Waldstadt Bremer für ungültig erklärt.

Einen Tag nach seiner Beschwerde gegen einen Nachkredit für die Turnhalle Weissenstein (wir berichteten) reichte GPB-Stadtrat Luzius Theiler gestern Verwaltungsbeschwerde im Zusammenhang mit der Waldstadt Bremer ein. Es sei inakzeptabel, unliebsame parlamentarische Vorstösse als unzulässig zu erklären und so ihre Erörterung zu verhindern. Genau dies wirft Theiler dem Büro des Stadtrats vor.

«Exekutive verschleppt»

Konkret geht es um eine Motion, in der Theiler den Gemeinderat auffordert, ohne die nötigen rechtlichen Grundlagen keine öffentlichen Ressourcen zur Projektierung der Waldstadt einzusetzen. Gemäss Theiler verschleppe der Gemeinderat die Akte Waldstadt auf der politischen Bühne, während die Verwaltung überaus aktiv sei. Theilers Motion schaffte es aber nicht in den Stadtrat. Das Ratsbüro hält sie für unzulässig und empfiehlt Theiler, den Vorstoss



Andreas Blatter

Waldstadt Bremer: Treibt die Verwaltung die Planung voran, ohne dass dafür rechtliche Grundlagen vorliegen?

allenfalls in der unverbindlichen Form der Interpellation oder des Postulats einzureichen. Die politische Planung gehöre zu den Kernkompetenzen des Gemeinderats, schreibt das Ratsbüro. Vor dem Hintergrund der Gewaltenteilung sei es nicht zulässig, der Exekutive die Bearbeitung konkreter Projekte mittels Motionen zu verbieten.

«Es droht Untätigkeit»

Natürlich sei es das, findet dagegen der Motionär: «Wie es der Name Exekutive sagt, ist der Gemeinderat ausführendes Organ, dem der Stadtrat übergeordnet

ist.» Im vorliegenden Fall drohe ein Präzedenzfall, Motionen gar nicht erst zuzulassen. Dies sei ihm in über 30 Jahren parlamentarischer Praxis nie passiert.

Stadtratspräsident Urs Frieden hingegen beruft sich auf die Kreditlimite von 150 000 Franken, innerhalb derer der Gemeinderat Geschäfte planen können müsse. Andernfalls sei die Verwaltung durch Motionen zur Untätigkeit verdammt. Dem Entscheid des Regierungsratsstatthalters schauen Frieden und die anderen Büromitglieder «mit Interesse entgegen».

CHRISTOPH HÄMMANN